

Gesellschaftliche Spaltung: Wie COVID-19 unsere Freundschaften zerstörte

Eine neue Studie der Universität Wien untersucht, wie Covid-19-Maßnahmen gesellschaftliche Spaltungen in Österreich verstärkt haben.



Wien, Österreich - Aktuelle Studien der Universität Wien zeigen alarmierende Erkenntnisse über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die gesellschaftliche Struktur in Österreich. In einer umfangreichen Auswertung von 127 Interviews aus den Jahren 2020 und 2021 berichtet das Forscherteam, dass nicht nur gesundheitliche Probleme auftraten, sondern die Pandemie auch tiefgreifende soziale Spaltungen hervorrief. Isabella Radhuber, eine Hauptautorin der Studie, erläutert, dass viele Menschen ihre Freundeskreise aufgrund unterschiedlicher Ansichten zur Impfpolitik verändert haben. „Gleichgesinnte fanden sich in 'sozialen Blasen'“

zusammen, während Andersdenkende gemieden wurden“, erklärte sie gegenüber **noe.ORF.at**.

Diese Spaltungen führten zu einem Gefühl der Ausgrenzung, das alle Befragten empfanden. Unabhängig von ihrer Haltung zu Impfungen äußerten viele, dass sie besorgt über mögliche soziale Trennungen seien. Radhuber stellte fest, dass Maßnahmen wie die 2G-Regel – die zwischen geimpften und ungeimpften Personen unterscheidet – das Gefühl der Trennung nur verstärkten. „Diese Regelung hat die Bereitschaft, den Maßnahmen zu folgen, gesenkt“, so Radhuber weiter. Das zentrale Fazit der Forschung ist, dass Krisenpolitik alle Menschen einbeziehen muss, um wirksam zu sein, was die Experten auch in einem zusätzlichen Bericht der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bekräftigten. „Krisenpolitik muss auf Augenhöhe kommuniziert werden“, lautet die eindringliche Forderung von Radhuber, wie auch von ihren Wissenschaftlerkollegen, die ein Ende der Spaltung anstreben.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Fokus

Die Wissenschaftler*innen warnen davor, dass die ausbleibende Einbeziehung in Krisensituationen nicht nur kurzfristige Probleme schafft, sondern auch langfristig das Vertrauen in politische und wissenschaftliche Institutionen gefährdet. Gertrude Saxinger, Co-Autorin der Studie, hebt hervor, dass das Versagen der Corona-Politik bedeutende Folgen für den Umgang mit zukünftigen Herausforderungen wie dem Klimawandel haben kann. „Krisenpolitiken, die sozialen Zusammenhalt fördern, sind entscheidend für die Zukunft“, sagt Saxinger, und weist darauf hin, dass das Bewusstsein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestärkt werden muss, um populistischen Bewegungen keinen Raum zu bieten, wie es in Österreich bereits geschehen sei, berichtete **neu-science.apa.at**.

Vorfall	Krisenpolitik
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• noe.orf.at • neu-science.apa.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at